

Bern, 22. März 2019

Medienmitteilung

«7. IVG-Revision, EL-Reform, ATSG»

Frühjahrssession des Parlaments hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack

Leistungsabbau, Zugangsbeschränkung, Verletzung von Grundrechten: Die Bilanz der Session, die heute zu Ende geht, ist für Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Krankheiten besorgniserregend. Die Beschlüsse beweisen, wie weit entfernt von der sozialen Realität die bürgerliche Mehrheit des Parlaments lebt.

7. IVG-Revision: Lastenverschiebung hin zu den EL

Neues lineares Rentensystem, das für Zehntausende Versicherte Verschlechterungen bringt, Rentensenkung für Kinder, keine Verpflichtung für Unternehmen, Menschen mit Behinderungen einzustellen: AGILE.CH lehnt den Sparmassnahmenplan ab, den der Nationalrat beschlossen hat. Er verfälscht den Weiterentwicklungsentwurf des Bundesrats. Die Finanzen der IV befinden sich auf dem Weg zur Sanierung. Die sterilen Sparmassnahmen haben demgegenüber für die IV-Rentnerinnen und -Rentner schmerzhaft Folgen, denn fast die Hälfte von ihnen hängt schon jetzt von EL ab, um ihre Grundbedürfnisse decken zu können. AGILE.CH erwartet vom Ständerat, dass er diese Situation kippt, die für eines der weltweit reichsten Länder beschämend ist.

EL-Reform: Lastenübertragung auf die Sozialhilfe

Der Bundesrat wollte das Leistungsniveau aufrechterhalten, aber das Parlament hat eine Reform produziert, die die EL mit 453 Millionen Franken entlastet. Ausser einer leichten Erhöhung der Mietzinszuschüsse, die AGILE.CH seit Jahren fordert, wurden die EL überall gestutzt. Deshalb erfüllen sie ihre verfassungsmässige Verpflichtung nicht mehr, die Grundbedürfnisse der Menschen zu decken, deren Rente aus der 1. Säule nicht ausreicht. Dem Nationalrat fehlt es an einer Gesamtsicht. Er kürzt deshalb bei der IV, verschiebt Kosten in die EL und kürzt gleichzeitig ebendiese EL. Auch wenn der Ständerat die Sparversuche des Nationalrats gebremst hat, wird es für Personen und Familien, die infolge einer Krankheit oder Behinderung mit einer schwierigen Lage konfrontiert sind, schwierig, den Gürtel noch enger zu schnallen. Sie werden sich an die Sozialhilfe wenden müssen.

ATSG-Revision: Verhärtungen und Erwartung an den Rechtsstaat

Die Revision des Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts (ATSG) hätte die Praktiken zwischen den Sozialversicherungen harmonisieren sollen. Tatsächlich aber hat der Nationalrat einen Dammbbruch für unser System der sozialen Sicherheit beschlossen.

Die Revision ist voller mehrdeutiger Begriffe und ausgerichtet auf einen sogenannten Kampf gegen Betrug. Sie verstärkt die Macht der Versicherungen und beschränkt gleichzeitig die Rekursrechte der Versicherten. Die Versicherungen können bei begründetem oder unbegründetem Verdacht Observierungen durchführen; die Kosten dafür muss die überwachte Person tragen. Zudem können sie im Verdachtsfall die Leistungsentrichtung provisorisch einstellen, ohne sich um Notsituationen kümmern zu müssen, die so entstehen können.

AGILE.CH bedauert, dass die bürgerliche Mehrheit des Nationalrats so wenig Unterscheidungsvermögen besitzt. Ihre Fixiertheit auf Missbrauch und auf Abbau der Rechte der Versicherten kommt einem Machtmissbrauch gleich und verstösst gegen den Rechtsstaat.

Recht auf Bezug von Sozialleistungen in Frage gestellt

AGILE.CH bedauert den systematischen Abbau von Sozialleistungen unter dem Vorwand, dass sie zu grosszügig seien. Dieser setzt voraus, dass alle, die Sozialleistungen beziehen, vom System profitieren und es in den Ruin führen. Diese schädliche Tendenz zur «Hexenjagd» stigmatisiert Menschen mit Behinderungen und stellt die Legitimität in Frage, bei Bedarf Unterstützung zu erhalten. Ein Sozialsystem, das diesen Namen verdient, muss Menschen helfen, prekären Situationen zu entkommen, und sie nicht dort festnageln.

Kontakt:

Silvia Raemy, Bereichsleiterin Kommunikation

AGILE.CH Die Organisationen von Menschen mit Behinderungen

079 384 91 84 / silvia.raemy@agile.ch / www.agile.ch

AGILE.CH Die Organisationen von Menschen mit Behinderungen setzt sich seit 1951 für Gleichstellung, Inklusion und Existenzsicherung von Menschen mit Behinderungen ein. Der Dachverband vertritt die Interessen von 40 Mitgliedorganisationen im Sinn einer nationalen Behindertenpolitik. Die Mitgliedorganisationen repräsentieren Menschen aller Behinderungsgruppen und Angehörige und werden von Betroffenen geführt.